

EINLEITUNG

Europa ist ein spannendes Thema – aber auch ein schwieriges. Da ist nicht nur die umgangssprachlich ständig verwischte Grenze zwischen Europa und der Europäischen Union zu beachten, sondern man muss auch sehr aufmerksam die Entwicklung verfolgen, um mit Sicherheit auf dem neuesten Stand zu sein. Die Europathemen sind zudem oftmals sehr abstrakt und im Unterrichtsalltag nur schwer konkret zu vermitteln und für die Schülerinnen und Schüler zu verstehen. Das Berliner Europahandbuch ist dazu gedacht, hier Hilfestellung zu geben. Es verbindet aktuelle Materialien mit Anregungen für den Unterricht, die als Module variabel eingesetzt werden können.

Das vorliegende Handbuch orientiert sich am Berliner Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I im Fach Sozialkunde aus dem Jahr 2006, der zum Schuljahr 2006/2007 von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Kraft gesetzt wurde.

Rahmenlehrplan

Das Handbuch folgt mit den nachfolgenden Themenbereichen der Systematik des Rahmenlehrplans und gibt Hinweise auf Quellen und Material, die für den Unterricht genutzt werden können. Außerdem gibt es Anregungen zur möglichen Gestaltung des Unterrichts; Anregungen, die die Kompetenzen und Kreativität der Lehrkräfte und der Lernenden nicht ersetzen, sondern bestenfalls unterstützen können.

Die „Europäische Union“ ist im Rahmenlehrplan der dritte von insgesamt vier Themenkomplexen, die für die Doppeljahrgangsstufe 9/10 im Fach Sozialkunde vorgesehen sind. Der Rahmenlehrplan gibt Kompetenzen vor, die die Schülerinnen und Schüler erwerben sollen. Diese Kompetenzen sind an Inhalte gebunden, die im Unterricht behandelt werden sollen. Der vorliegende Rahmenlehrplan weist Standards jeweils für das Ende einer Doppeljahrgangsstufe aus und unterteilt diese in drei Niveaustufen, wobei das jeweils höhere Niveau das darunter liegende voraussetzt:

- ▶ einfacher Standard (Sekundarschule und Gesamtschule „G/A-Kurse“)
- ▶▶ mittlerer Standard (Sekundarschule und Gesamtschule „E-Kurse“)
- ▶▶▶ erweiterter Standard (Gymnasium und Sekundarschule, Gesamtschule „F-Kurse“)

(Rahmenlehrplan Sozialkunde 2006, S. 15)

Die Ausführungen und Materialhinweise sind diesen drei Niveaustufen zugeordnet und über die Verwendung des Pfeil-Symbols schnell auffindbar. Die Vielzahl der Einzelthemen bedarf der sinnvollen didaktischen Reduktion. Die Beschränkung auf Themen zentraler Bedeutung ist empfehlenswert. Nachhaltiges Lernen beruht auf der Kontextualisierung der Einzelthemen, die Begründungen und Erklärungen anbietet. Dies wird an verschiedenen Beispielen verdeutlicht. Die Aufbereitung des Themas orientiert sich an den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Europabildung in der Schule in der Fassung vom Mai 2008 (siehe [Informationsblatt-II/2](#)).

Ein Randtext und eine durchgängige Symbolik erleichtern das Auffinden bestimmter Lernsituationen. Die Sprechblasen markieren dabei kommunikative Lernmethoden, die Büchersymbole stehen für Recherchearbeiten.

Zur weiteren Vertiefung der Lehrinhalte stehen Beilagen in Form von Informationsblättern, Arbeitsblättern und Dokumenten bereit. Die Arbeitsblätter enthalten Aufgaben, mit deren Hilfe sich die Lernenden intensiver mit der Thematik beschäftigen können. Die Informationsblätter und Dokumente beleuchten den Lehrgegenstand gründlicher bzw. bieten originale Textquellen.

Besonders herauszustellen ist das Kapitel V, das die Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, „Europa-Erfahrung“ zu sammeln und sich „an Europa“ zu beteiligen, aufgezeigt werden.

Das Handbuch wird in regelmäßigen Abständen auf den neuesten Stand gebracht und den aktuellen europapolitischen Entwicklungen – bzw. die oben erwähnten Anregungen aufnehmend – entsprechend erweitert.

Die erste Fassung dieses Handbuchs entstand 2008 als gemeinsames Projekt der Europäischen Akademie Berlin, des Europareferats der Senatskanzlei Berlin, der Europäischen Kommission und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg stand als Kooperationspartner zur Seite. Die grundlegende Überarbeitung 2011/2012 erfolgte durch die Europäische Akademie Berlin im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dank für die Unterstützung gebührt dem Auswärtigen Amt, dessen Förderung die Realisierung des Projekts erst möglich gemacht hat, sowie der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wenn Sie zum Handbuch Hinweise, Anregungen und/oder Verbesserungsvorschläge anbringen möchten, nimmt Frau Ilona Rathert, Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin, Email: ir@eab-berlin.eu diese gern entgegen.

INHALTSVERZEICHNIS

Themenbereiche	Seite
I. Europäischer Raum und Europäische Staatenwelt.....	4
II. Europäische Idee und wichtige Institutionen.....	12
III. Erweiterungen, Beitrittskriterien, Erwartungen und aktuelle Konflikte...	17
IV. Grenzen und Binnenmarkt.....	21
V. Chancen und Möglichkeiten für Jugendliche im europäischen Raum...	26



EUROPÄISCHER RAUM UND EUROPÄISCHE STAATENWELT

Hier lauten die Vorgaben folgendermaßen:
Die Schülerinnen und Schüler ...

Einfacher Standard:

►... entwickeln eine Vorstellung von dem Begriff Europa, der geografischen Dimension des Kontinents sowie den Gemeinsamkeiten und Unterschieden europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Mittlerer Standard:

►►... definieren den Begriff Europa, beschreiben die geographischen Dimensionen des Kontinents und untersuchen die Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Erweiterter Standard:

►►►... erläutern den Begriff Europa sowie die geographische Dimension des Kontinents anhand von geographischen und historischen Kriterien und untersuchen vergleichend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur.

(alle Standards: Rahmenlehrplan S. 36)

Im Einzelnen lässt sich der Themenbereich wie folgt unterteilen:

►... entwickeln eine Vorstellung von dem Begriff Europa, der geographischen Dimension des Kontinents.

Indem die Schülerinnen und Schüler sich mit dem Begriff Europa auseinandersetzen, soll deutlich werden, dass „Europa“ eine Setzung ist. Europa ist, was wir als solches bezeichnen. Von daher ist es kein Zufall, dass wir es in Geschichte und Gegenwart mit unterschiedlichen Europadefinitionen zu tun haben, die alle über ihre eigene Berechtigung verfügen.

Begriff Europa

BEGRIFF EUROPA

Es gibt verschiedene Einstiegsvarianten in das Thema. Lassen Sie die Schülerinnen und Schüler anhand einer physikalischen Karte, die die politischen Grenzen nicht zeigt, die geografische Lage der europäischen Länder erarbeiten.

Einstiegsvarianten

Dies ist auch möglich mit einer Übersichtskarte, die die politischen Grenzen zwar zeigt, jedoch die Staatennamen nicht angibt. Bei Internetverfügbarkeit bietet sich auch ein Europapuzzle an, das auf der Website der Budenzentrale für politische Bildung zu finden ist:

http://www.bpb.de/fsd/europapuzzle/puzzle_flash1.html

Eine andere Möglichkeit wäre, ein Einstiegsgespräch über Europa in Berlin zu führen. Wo sieht man „Europa“ oder wo steckt es drin? Da gibt es am Anfang des Kurfürstendamms das Europa-Center oder Unter den Linden am Pariser Platz das „Europäische Haus“. Das Brandenburger Tor selbst repräsentiert auch ein Stück europäischer Geschichte, seit Napoleon bei der Besetzung Berlins durchmarschierte und die Quadriga als Trophäe mitnahm. Europa manifestiert sich in vielen Straßen- und Platznamen (Pariser Platz, Warschauer Straße oder der Alexanderplatz – benannt nach dem russischen Zaren Alexander I.).

Berlin Bezug

Der Mythos der geraubten Europa ist im [Informationsblatt I/2](#) dargestellt. Interessanterweise gilt als das Symbol Europas oftmals der Stier aus der griechischen Mythologie. Tatsächlich war Europa die Tochter des phönizischen Königs Agenor. Der Stier, in den Zeus sich verwandelte, um sich ihr zu nähern, war der Entführer der Europa.

Quellenarbeit

GRENZEN EUROPAS

Hier sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, dass Europa nicht eindeutig definiert wird und werden kann. Die **Grenzen Europas** sind Setzungen, die auch nicht einheitlich vorgenommen werden. Während der Bosphorus, eine schmale Meerenge, oftmals als „natürliche Grenze“ zwischen Europa und Asien definiert wird, misst man dem Europäischen Nordmeer eine solche Funktion nicht zu und rechnet Island selbstverständlich zu Europa. Grönland ist im Zusammenhang mit Dänemark 1973 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften geworden. Sein Austritt aus der EG 1985 hatte wirtschaftliche Gründe. Ihm lag nicht das Gefühl zugrunde, nicht Teil Europas zu sein. Vielmehr lag die Ursache in der Überfischung der Gewässer Grönlands durch europäische Fangflotten und im allgemeinen Wunsch Grönlands sich von Dänemark zu emanzipieren.

[Arbeitsblatt I/1](#) zeigt verschiedene „Europas“ in der Praxis: Der Europarat (<http://www.coe.int>), die OSZE (<http://www.osce.org>), der Fußballverband UEFA (<http://de.uefa.com>) oder der Liederwettbewerb der Eurovision (Eurovision Song Contest; <http://www.eurovision.de>) fassen Europa unterschiedlich weit.

Anhand politischer und physischer Karten können die Schülerinnen und Schüler die verschiedenen „Europas“ identifizieren und Kriterien entwickeln (das größte/kleinste, nördlichste/südlichste, bekannteste/unbekannteste etc. Land). Unterstützen kann hierbei das [Informationsblatt I/3](#) mit ausgewählten Länderdaten. Bei der Kartenarbeit sollte auch ein Augenmerk auf die



Einzel und Gruppenarbeit

**Kartenarbeit/
Länderdaten**

Nachbarschaften sowie auf die verbindenden Elemente (Gebirgszüge, Flussläufe) gerichtet werden.

Als zusätzliches Arbeitsmaterial kann [Abbildung I/1](#) genutzt werden, die zur Veranschaulichung noch die Teilnehmer der Fußball-Europameisterschaft 2008 auflistet, da die Qualifikationsspiele für die EM 2012 in Polen und der Ukraine noch bis November 2011 laufen. Außerdem kann der Beitrag von Hans-Dietrich Schultz zum Thema „Wo verlaufen Europas Grenzen?“ ([Dokument 1](#)) herangezogen werden.

▶▶... definieren den Begriff Europa, beschreiben die geographischen Dimensionen des Kontinents.

In Ergänzung zu dem bereits Gesagten:

Anhand physikalischer und politischer Karten können die Schülerinnen und Schüler Europa für sich definieren und anschließend mit den Definitionen der anderen vergleichen. Wie vertragen sich Inseln wie Großbritannien, Zypern oder Island mit der Definition eines Kontinents, die auf dem [Arbeitsblatt I/1](#) wiedergegeben sind? Was spricht dafür oder dagegen, dass verschiedene europäische Organisationen ganz unterschiedliche Europadefinitionen in ihrer Mitgliederstruktur verwirklichen?

Zur Information der Lernenden empfiehlt sich auch die Publikation „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“, eine Neuauflage ist in Bearbeitung, in der Europa aus der Perspektive von Schülern erklärt wird. (<http://www.bpb.de/files/3UDE7Q.pdf>).

Anhand des [Arbeitsblattes I/2](#) Blankokarte und Länderliste können die Schülerinnen und Schüler in Partnerarbeit ihre geografischen Kenntnisse überprüfen und mit einem Atlas eventuell korrigieren.

▶▶▶... erläutern den Begriff Europa sowie die geografische Dimension des Kontinents anhand von geographischen und historischen Kriterien.

Zusätzlich zu dem bereits Entwickelten:

Auf diesem Kompetenzniveau können Sie die Schülerinnen und Schüler bitten, eigene Überlegungen darüber zu formulieren, wie ein Kontinent definiert sein sollte. Im Unterrichtsgespräch lässt sich herausarbeiten, dass Kontinente auch politisch definiert werden und nicht immer objektiv als Kontinente vorhanden sind.

Es empfiehlt sich das Themenblatts 65 der Bundeszentrale für politische Bildung, „Das Europa der 27“ (<http://www.bpb.de/files/QZXMJY.pdf>), und zwar vor allem die Aufgaben 1 und 2. Im Lehrerteil dieses Themenblattes (S. 3) findet sich eine weiterführende Erläuterung.



**Kriteriengeleitetes
Unterrichtsgespräch**

Kartenarbeit

Quellenarbeit

Kartenarbeit



**Kriteriengeleitetes
Unterrichtsgespräch**



Gruppenarbeit

EUROPÄISCHE GEMEINSAMKEITEN UND DIFFERENZEN

►... entwickeln eine Vorstellung von ... den Gemeinsamkeiten und Unterschieden europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Die Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten liegen in erster Linie in den Werten und der daraus entspringenden politischen Ordnung. Die Unterschiede sind die Differenzierungen innerhalb dieser Systeme – allerdings mit Ausnahme einzelner Staaten, die außerhalb dieser Werteordnung stehen.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur sind nicht nur ein weites Feld, sie liegen auch oftmals im Auge des Betrachters. Ein Schema als Grundlage für die Erarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden finden Sie in [Abbildung I/2](#).

Gemeinsamkeiten lassen sich phänotypisch beschreiben, werden dabei allerdings unseren modernen Gesellschaften oft nicht mehr gerecht. Während es sicherlich eine Gemeinsamkeit in der Kleidung gibt (im Unterschied zu Teilen der asiatischen und afrikanischen Welt), lässt sich die Hautfarbe schon nicht mehr durchgehend als Gemeinsamkeit und damit auch Unterscheidungskriterium zu anderen Kontinenten nutzen. Nicht alle Europäer haben eine helle Hautfarbe. Zwar lässt sich sagen, dass Europa stark von christlich-jüdischen Traditionen geprägt worden ist, aber in Europa leben auch Millionen Muslime sowie Angehörige anderer Religionen; außerdem nicht zuletzt viele Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Eine Gemeinsamkeit sind sicherlich die europäischen Stadtstrukturen.

Aus denselben Kriterien lassen sich auch die Unterschiede generieren, die zwischen den europäischen Staaten vorhanden sind, wenngleich nicht in derselben Schärfe wie zu außereuropäischen Staaten.

Hier ist zum Beispiel das Klima zu nennen, das überwiegend gemäßigt ist. Hieran knüpfen sich auch bestimmte Wirtschaftsformen wie die Regenfeldwirtschaft, also der landwirtschaftliche Anbau mit einer natürlichen Bewässerung (eben durch Regen). Allerdings gibt es auch Unterschiede. In manchen europäischen Ländern wachsen Zitrusfrüchte, in anderen gibt es nicht einmal Weinanbau.

Im **politischen Bereich** ist die demokratische Verfassung als Gemeinsamkeit fast aller europäischer Staaten anzuführen. Die Ausnahmen stellen Belarus und zunehmend auch Russland dar.

Darüber hinaus sind im kontinentaleuropäischen Bereich sehr ähnliche Vorstellungen von gesellschaftlicher Solidarität in Form des Sozialstaats anzutreffen. Dies ist eine wesentliche Bezugsgrundlage für die in letzter Zeit wichtiger werdende soziale Dimension der EU.

Alle europäischen Staaten haben sich auf gemeinsame Werte verpflichtet, für die die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates steht. Lediglich Belarus gehört dem Europarat nicht an, der Vatikanstaat (Heiliger Stuhl) hat Beobachterstatus. Das wichtigste Dokument des Europarates ist



SOL-Recherche



**Quellenarbeit/
Präsentation**

die – über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg für jeden Bürger und jede Bürgerin einklagbare – Europäische Menschenrechtskonvention. Ein kurzer, jugendgerechter, Artikel findet sich in „Pocket Europa“ auf S. 28 (<http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>). Darüber hinaus empfiehlt sich die offizielle Webpräsenz des Gerichtshofs: <http://www.coe.int/t/d/menschenrechtsgerichtshof>.

Der **Europarat**, die älteste auf Frieden und Verständigung gerichtete Nachkriegsorganisation in Europa, sollte trotz der überragenden Bedeutung der Europäischen Union in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Die EU hat die Werte, auf denen sie basiert, zudem in der [Grundrechtecharta](#) niedergelegt.

Quellenarbeit

Die Unterschiede liegen im Detail: Es gibt Staaten, die als Monarchien verfasst sind (in der EU immerhin sieben: Schweden, Dänemark, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Spanien), Staaten mit unterschiedlichen Volksgruppen (z. B. Belgien mit Flamen, Wallonen und Deutschen oder Estland und Lettland mit Esten bzw. Letten und Russen), Staaten mit konstitutionell starken Präsidenten (z. B. Frankreich oder Polen) und solche, in denen die Präsidenten überwiegend repräsentative Funktionen wahrnehmen (z. B. Deutschland oder Österreich). So augenfällig die Unterschiede an der Spitze des Staates sind, so wichtig sind die Verschiedenheiten im Staatsaufbau. Föderale Staaten wie Deutschland, Österreich oder Belgien sind dabei von zentralistischen Staaten wie Frankreich oder Polen zu unterscheiden. Es zeigt sich, dass Demokratien unterschiedliche Ausprägungen haben können.

Auf **wirtschaftlichem Sektor** liegen die Gemeinsamkeiten in der marktwirtschaftlichen Orientierung der europäischen Staaten sowie darin, dass es sich insgesamt um entwickelte Volkswirtschaften handelt.

Die Unterschiede im wirtschaftlichen Niveau sowie in der Ausrichtung der Volkswirtschaften (Anteile von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungssektor) sind evident.

Daten über die wirtschaftliche Stärke jedes Landes finden sich auf der Internetpräsenz von Eurostat.

(<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/guip/introAction.do?profile=cpro&theme=eurind&lang=de>).

In der Publikation „Pocket Europa“ finden sich auf den Seiten 102-182 für jeden Staat einige Beschreibungen, die das Land interessant und den Schülerinnen und Schülern sicherlich Spaß machen. Auch wenn Berlin kein Staat ist, ist es ja bezogen auf die Bevölkerungsgröße durchaus vergleichbar, denn Malta, Zypern, Estland, Lettland oder Slowenien haben weniger Einwohner als Berlin.

(http://www.bpb.de/publikationen/6PSLIW,0,Europa_%96_EUBegriffe_und_L%E4nderdaten.html)

Um ein Gefühl dafür zu erhalten, was wirtschaftliche Daten bedeuten, können Sie die Schülerinnen und Schüler anregen, einen vergleichenden Steckbrief über Berlin zu erstellen. Weiterführende statistische Daten zum Thema Wirtschaft in Berlin finden sich auf:

<http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/daten>

Quellenarbeit



Einzelarbeit

Einige Daten zu Berlin:

Berlin-Bezug

	Berlin	Brandenburg	Deutschland	Polen	EU-27
Arbeitslosenquote	13,3 % ¹	10,5 % ¹	6,9 % ¹	9,3 % ⁴	9,4 % ⁴
BIP je Einwohner	27.499 € ²	22.258 € ²	30.566 € ²	15.981 € ³	25.253 € ³

Quellen ¹. <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html>, Juni 2011.

². Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtwirtschaft der Länder
http://www.statistik-bw.de/VolkswPreise/Indikatoren/VW_wirtschaftskraft.asp, August 2010/Februar 2011.

³. <http://www.wko.at/statistik/eu/europa-BIPjeEinwohner.pdf>, Stand: Mai 2011.

⁴. Eurostat,
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=teilm020&tableSelection=1&plugin=1>, Februar 2011.

Zu den **kulturellen Gemeinsamkeiten** schreibt 2004 Julian Nida-Rümelin, der frühere Staatsminister für Kultur:

„Da ist zum einen die Gemeinsamkeit der europäischen Ursprünge in der griechischen Klassik mit ihrer Verbindung von freier Kultur und wissenschaftlicher Rationalität. Da ist die römische Rechts- und Staatstradition, die über die Jahrhunderte bis in die Gegenwart an Prägekraft nicht eingebüßt hat. Aber auch die christliche Religiosität hat zur kulturellen Identität Europas wesentlich beigetragen. Schließlich Humanismus und Aufklärung, die in der Moderne die kulturellen Voraussetzungen für Demokratie, autonome Wissenschaft und gesellschaftliche Fortschritt legten. Seit der frühen Neuzeit entwickelte sich eine europäische Bildungs- und Wissenschaftslandschaft, die vielfältig vernetzt zum Ferment der kulturellen Identität Europas wurde.“

(Quelle: <http://www.arte.tv/de/520334.CmC=525442.html>, vergleiche außerdem http://www.nida-ruemelin.de/docs/europ_ident.pdf)

Die Vielfalt Europas – und nicht nur Europas – spiegelt sich ja auch in der Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung wider. Eine Übersicht über die Berliner Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten findet man auf der Internetseite des Berliner Beauftragten für Migration und Integration:

http://www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie/einwohner_staatsangehoerigkeit.html.

Die Internationalität Berlins als europäische Metropole dokumentiert sich beispielhaft auch an den Schulen: In Berlin gab es 2010 knapp 44.200 Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen und privaten Schulen, die eine ausländische Staatsbürgerschaft hatten (13,8 %). Die höchste Quote ausländischer Schülerinnen und Schüler wiesen die Bezirke Mitte (30,9 %), Friedrichshain-Kreuzberg (22,3 %) und Neukölln (25,3 %) auf. Sehr viele ausländischen Schülerinnen und Schüler in Berlin stammten aus den EU-Ländern, vor allem aus Polen (2.235 Personen). Knapp 14.000 Schülerinnen und Schüler hatten die türkische Staatsbürgerschaft.

(Quelle: Blickpunkt Schule 2010/2011, Senatsverwaltung für Bildung Wissenschaft und Forschung,

http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungsstatistik/blickpunkt_schule_2010_11.pdf?start&ts=1299754054&file=blickpunkt_schule_2010_11.pdf)

Berlin-Bezug

Zwei Beispiele für Schulen in Berlin, die sehr unterschiedlich große Anteile ausländischer Schülerinnen und Schüler haben, sind die Hermann-Boddin-Grundschule in Berlin Neukölln und die Richard-Wagner-Grundschule in Berlin Lichtenberg. Von den insgesamt 358 Schülerinnen und Schülern an der Hermann-Boddin-Grundschule hatten 2010 185 eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche. 104 von ihnen stammten aus Europa, 51 aus Asien, vier aus Afrika und 24 waren staatenlos oder hatten eine ungeklärte Staatsangehörigkeit. Von den insgesamt 373 Schülerinnen und Schülern an der Richard-Wagner-Grundschule in Lichtenberg hatten sechs eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit, fünf hatten eine europäische Staatsangehörigkeit, eine Person eine asiatische.

(Quelle: http://www.berlin.de/sen/bildung/schulverzeichnis_und_portraits)



Unterrichtsgespräch

Herkunftsunterschiede und deren Vor- und Nachteile, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, können die Schülerinnen und Schüler vor diesem Hintergrund aus eigenem Erleben im Gespräch oder in einer Gruppenarbeit zusammentragen.



Einzel- Gruppenarbeit

Ein für die Schülerinnen und Schüler evidenter Unterschied zwischen den verschiedenen Ländern sind die unterschiedlichen Sprachen. Ein spielerischer Zugang zu diesem Thema ergibt sich über die 23 Amtssprachen der EU, die in Form eines Silbenrätsels im Kapitel 2 „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ (Seite 12) erarbeitet werden können (<http://www.bpb.de/files/3UDE7Q.pdf>). Lassen Sie die Schülerinnen und Schüler zum Vergleich einmal feststellen, wie viele Sprachen in ihrer eigenen Klasse bzw. an ihrer eigenen Schule vertreten sind.

Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und die Sprachenvielfalt in Berlin zeigt sich u. a. auch in der Vielfalt der anerkannten Europaschulen. Berlin hat bundesweit das dichteste Netz von so genannten Staatlichen Europaschulen (SESB). Diese kulturübergreifenden und sprachintensiven Begegnungsschulen gibt es in neun Partnersprachen (Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Italienisch, Türkisch, Griechisch, Polnisch und Portugiesisch). Berlin verfügte 2010 über 30 Europaschulen (17 Grund- und 13 Oberschulen).

(Quelle:

http://www.berlin.de/sen/bwf/meine_fragen/faq/anwendung/index_Thema.aspx?IDThema=13)



Diskussion

In der Europäischen Union werden zurzeit 23 Amtssprachen verwendet. Die EU bekennt sich ausdrücklich zur Vielsprachigkeit, weil diese die kulturelle Vielfalt des Kontinents widerspiegelt. Diskutieren Sie mit den Schülerinnen und Schülern über dieses Konzept. Die Leitfrage könnte sein: Ist die europäische Vielsprachigkeit ein kultureller Reichtum oder im globalen Wettbewerb ein Hindernis?

Bei den Unterschieden sollte man auch die alltägliche Kultur miteinbeziehen: Essen, Feste, Traditionen. Die Schülerinnen und Schüler können hier sicherlich aus eigenem Erleben einiges beitragen.

▶▶▶... untersuchen vergleichend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede europäischer Staaten in Politik, Wirtschaft und Kultur.



Gruppenarbeit

Die anschließende Aufgabe „Reise nach Australien“ aus „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ (<http://www.bpb.de/files/3UDE7Q.pdf>), Seite 32 kann den Schülerinnen und Schülern helfen, sich mit den Gemeinsamkeiten und dem Typischen der europäischen Staaten

auseinanderzusetzen. Einen guten Überblick über die Vielfalt in der EU bietet zudem die Publikation „Europa für Einsteiger“ der Bundeszentrale für politische Bildung. (<http://www.bpb.de/files/T9XPEB.pdf>)

Für die vergleichende Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der europäischen Staaten sollen die Schülerinnen und Schüler vorab Kriterien entwickeln: Was soll unter welchen Kategorien verglichen werden? Welche Bedeutung hat es?

Lassen Sie die Schülerinnen und Schüler für weiterführende Informationen im Internet recherchieren. Hier bieten sich die Länderinformationen des Auswärtigen Amtes (<http://www.auswaertiges-amt.de>), die elektronischen Lexika der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de>), das Länderportal der EU (http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm) sowie auch Wikipedia (<http://www.wikipedia.de>) an. Allerdings sollten Sie Wikipedia als ein Lexikon, in dem jeder Einträge vornehmen kann, problematisieren und die Schülerinnen und Schüler anhalten, Angaben aus Wikipedia grundsätzlich mit einer weiteren Quelle zu vergleichen. Dennoch ist Wikipedia oftmals informativ und anregend und kann für erste Recherchen benutzt werden.

Für Schülerinnen und Schüler gibt es in der Europäischen Union zahlreiche Mobilitäts- und Lernangebote, die man den Lernenden nahebringen kann. Ein Überblick findet sich auf der Internetseite der Kultusministerkonferenz: <http://www.kmk-pad.org/programme/comenius.html>. Auch das [Informationsblatt 1/9](#) gibt weitere Informationen. Eine interessante Beschäftigungsmöglichkeit ist auch der Europäische Wettbewerb, der jährlich durchgeführt wird und an dem Schulklassen sich beteiligen können: <http://www.europaeischer-wettbewerb.de>.

In diesem Themenbereich gibt es einen engen Bezug zum Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Geografie, Themenfeld 4: Deutschland in Europa. Dort wird gefordert, die räumlichen und sozialen Disparitäten nicht nur im Raum Berlin-Brandenburg, sondern auch in Europa nachzuweisen (►) bzw. zu ermitteln und durch Beispiele zu belegen (►►) bzw. diese Disparitäten zu ermitteln, zu vergleichen und multiperspektiv zu reflektieren (►►►). Wir empfehlen hier eine Verbindung mit der Lehrkraft, die den entsprechenden Unterricht erteilt, und eine Vernetzung der Unterrichtsstunden.



**kategoriengeleitete
Gruppenarbeit**



SOL-Recherche



EUROPÄISCHE IDEE UND WICHTIGE INSTITUTIONEN

Die Schülerinnen und Schüler ...

Einfacher Standard:

►... untersuchen Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas, beschreiben die zentralen europäischen Institutionen und deren Zuständigkeitsbereiche.

Mittlerer Standard:

►►... erklären die Gründe für den Wunsch nach einem vereinten Europa und setzen sich mit den Zielen sowie Motiven auseinander und untersuchen zentrale europäische Institutionen, deren Zuständigkeitsbereiche und Arbeitsweisen aufgabengemäß,

Erweiterter Standard:

►►►... analysieren und erörtern die Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas vor historischem Hintergrund, erschließen sich die zentralen Institutionen der EU, untersuchen und diskutieren deren Zuständigkeiten und Arbeitsweisen.

Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Auseinandersetzung mit der Geschichte und Arbeitsweise der Europäischen Union verstehen, dass das Grundmotiv der europäischen Integration die Sicherung des Friedens unter den Mitgliedstaaten war. Obwohl nach zwei Weltkriegen Hass und Misstrauen gegeneinander weit verbreitet waren, gingen die Gründerstaaten miteinander den Weg der Kooperation. So ist auf der Basis der Europäischen Gemeinschaften ein enger Verbund europäischer Staaten gewachsen, der die Gegenwart und Zukunft der Mitgliedstaaten gemeinsam organisiert.

Der Themenbereich lässt sich wie folgt unterteilen:

Einfacher Standard:

►... untersuchen Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas.

Das **Motiv der europäischen Integration** war die Sicherung des Friedens unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die erste Gemeinschaft war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), deren Gründungsvertrag 1951 unterschrieben wurde und 1952 in Kraft trat und eine Kooperation der Schwerindustrie initiierte.

Geschichte

Die Ziele können die Schülerinnen und Schüler durch eine Analyse der Präambel des EGKS-Vertrags vom 18.04.1951 erarbeiten ([Arbeitsblatt I/3](#)). Bei einer Präambel handelt es sich um eine Vorrede bei Verträgen und Verfassungen, die das Ziel des Dokuments ausdrücken, ohne selbst Teil des Vertragstextes zu sein. Bei der Interpretation von Verträgen und Verfassungen, auch durch die Gerichte, wird die Präambel mit herangezogen, um zu erfassen, was der Gesetzgeber bzw. die Vertragspartner mit dem Dokument erreichen wollten.

Quellenanalyse

Mittlerer Standard:

▶▶... erklären die Gründe für den Wunsch nach einem vereinten Europa und setzen sich mit den Zielen sowie Motiven auseinander.

Sie können den Schülerinnen und Schülern vor der Präambel des EGKS-Vertrages die berühmte Rede von Winston Churchill von 1946 präsentieren. In ihr ruft der ehemalige britische Premier zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa auf. ([Dokument 2](#) „Churchill Rede“)

Quellenanalyse

Erweiterter Standard

▶▶▶... analysieren und erörtern die Gründe und Ziele für die Vereinigung Europas vor historischem Hintergrund.

Auf dieser Kompetenzstufe können die historischen Zusammenhänge stärker berücksichtigt werden. Dargestellt werden sollte die Geschichte des **Europarates**, der nach dem Krieg als erste auf Frieden und Zusammenarbeit gerichtete Organisation entstanden ist, in dem es jedoch keine Einigkeit darüber gab, ob er eine internationale Organisation bleibt oder über echte Kompetenzen verfügen sollte. Dies verweist auf das Schlüsselwort zum Verständnis der Europäischen Union von ihren Anfängen bis heute: **Supranationalität**.

Quellenarbeit

Es empfiehlt sich, mit den Schülerinnen und Schülern über diesen Begriff eine Diskussion zu führen. Was spricht für ein solches Prinzip, was dagegen? eine Definition steht in „Pocket Europa“, S. 86 (<http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>).



Diskussion

Arbeitsaufgaben dazu finden sich in den Themenblättern Nr. 72 „Welche EU wollen wir?“, Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/files/JNM5D8.pdf>). Um im Unterricht den Geschichtsbezug herzustellen, sollte im historischen Kontext auch der das Nachkriegseuropa bestimmende Ost-West-Konflikt thematisiert werden. Dieser machte es unmöglich, Deutschland nach dem Krieg im politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Abseits zu lassen.



Einzel-/ Gruppenarbeit

[Informationsblatt I/4](#) „Berlin im Ost-West-Konflikt“ stellt die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts in Berlin dar und kann gegebenenfalls in den Unterricht eingebracht werden.



Textarbeit Berlinbezug

„[Gute Gründe für Europa](#)“ heißt ein Flyer der Berliner Senatskanzlei, der 17 gute Gründe für die europäische Integration aufzählt und die Vorteile, die Berlin daraus zieht. (http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skz/europareferat/flyer_endfassung_aktuell.pdf?start&ts=1244795405&file=flyer_endfassung_aktuell.pdf)

Gegenwartsbezug

Institutionen

Einfacher Standard:

►... beschreiben die zentralen europäischen Institutionen und deren Zuständigkeitsbereiche,

Informationen und Arbeitsaufgaben zu den Institutionen finden sich im Kapitel 3 „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ (<http://www.bpb.de/files/3UDE7Q.pdf>). Grafiken und Texte finden sich in den Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 279, „Die Europäische Union“, S. 20 ff (Überarbeitung erscheint im November 2011).

An einem konkreten Fallbeispiel kann erläutert werden, welche Kompetenzen die einzelnen Institutionen haben. Hierzu können die Schülerinnen und Schüler ein Schaubild anfertigen.

Welche europäischen Institutionen sind auch in Berlin vertreten? Sie können das die Schülerinnen und Schüler recherchieren lassen. Schnell werden sie feststellen, dass das Europäische Parlament und die Europäische Kommission eine Vertretung in Berlin haben (Europahaus, Unter den Linden 78 am Pariser Platz). Die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments verfügen darüber hinaus in Berlin über eigene Büros. Auch das Europäische Patentamt – wenngleich keine der Institutionen – hat eine Außenstelle in Berlin, und zwar in der Gitschiner Str. 103, in der Nähe des Halleschen Tors.

Im Zusammenhang mit dem Lissabonner Vertrag gab es eine Diskussion über die Nennung von Symbolen. Die Europa-Symbole erscheinen nicht im Vertrag. Die Mehrheit der Länder hat sich jedoch dazu entschlossen, Fahne, Hymne oder Motto weiterhin zu verwenden. Großbritannien und die Niederlande lehnen die Symbole als Ausdruck einer Staatswerdung Europas ab. Eine Übersicht zu den Symbolen bietet [Informationsblatt I/5](#).



Einzel-/
Gruppenarbeit



Berlin-Bezug
SOL-Recherche

Wie funktioniert die EU? Kompetenzen und Institutionen

Mittlerer Standard:

►►... untersuchen zentrale europäische Institutionen, deren Zuständigkeitsbereiche und Arbeitsweisen aufgabengemäß,

Die Institutionen der Europäischen Union sollen den Schülerinnen und Schülern dieser Kompetenzstufe nicht nur vorgestellt, sondern auch in ihrer Besonderheit dargestellt werden.

Die Europäische Union ist kein Staat, sondern – wie das Bundesverfassungsgericht sagt – ein Staatenverbund. Jeder Vergleich der Institutionen mit denen eines Mitgliedstaates, also zum Beispiel Deutschlands, greift daher zu kurz.

Die Europäische Union ist eine **Union der Staaten und der Bürger**. Dies drückt sich institutionell aus: Die Staaten werden über den Europäischen Rat (also die Staats- und Regierungschefs) und den Rat der Europäischen Union



Lehrervortrag

(in zehn verschiedenen Zusammensetzungen, also der Außen-, oder zum Beispiel der Innen- oder der Umweltminister) repräsentiert. Die Bürger werden direkt über das von ihnen gewählte Europäische Parlament vertreten. Diese beiden Institutionen sind gemeinsam der Gesetzgeber, man spricht vom „**ordentlichen Gesetzgebungsverfahren**“. Lediglich in der Außen- und Sicherheitspolitik entscheidet der Rat alleine. Auch in der Steuerpolitik und auf einigen speziellen Politikfeldern ist das der Fall. Dann muss das Parlament allerdings angehört werden.

Es wird oft kritisiert, dass das Parlament kein Initiativrecht habe, also nicht von sich aus Entwürfe für Richtlinien und Verordnungen einbringen könne. Dies muss allerdings im Zusammenhang damit gesehen werden, dass auch der Rat dieses Initiativrecht nicht besitzt. Es ist immer die Europäische Kommission, die die Vorschläge unterbreiten muss. Allerdings können sowohl der Rat als auch das Parlament die Kommission auffordern, einen Vorschlag für eine Richtlinie oder eine Verordnung vorzulegen. Die Macht der Europäischen Kommission besteht also darin, durch den ersten Vorschlag die Richtung einer Regelung beeinflussen zu können.

Das institutionelle Geflecht ist im Schaubild der Bundeszentrale für politische Bildung „Institutionen in der Europäischen Union“ dargestellt (<http://www.bpb.de/files/F5732Z.pdf>).

Erweiterter Standard:

▶▶▶... erschließen sich die zentralen Institutionen der EU, untersuchen und diskutieren deren Zuständigkeiten und Arbeitsweisen“,

Ergänzend zu den Erläuterungen zu den anderen Kompetenzstufen kann mit den Schülerinnen und Schülern anhand des Schaubildes der Bundeszentrale für politische Bildung, „Die Europäische Gesetzgebung“ erarbeitet werden. (<http://www.bpb.de/files/ANR6Y2.pdf>)

Dabei ist der Unterschied zwischen Richtlinie und Verordnung zu beachten. Erklärungen hierzu finden sich im [Informationsblatt I/6](#). An einem aktuellen Fallbeispiel, wie der Feinstaubrichtlinie, können die Schülerinnen und Schüler den Entstehungsprozess eines europäischen Gesetzes und die nationale Umsetzung recherchieren und grafisch darstellen.

Ergänzend könnten auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) aus Berlin und Brandenburg und ihre Ausschussmitgliedschaften und Funktionen ermittelt werden (<http://europarl.europa.eu>). Diskutieren Sie Möglichkeiten der Einflussnahme ggf. auch direkt mit einem MdEP (Kontakt über die Wahlkreisbüros oder das EU-Referat der Senatskanzlei)! Für Berlin sitzen für die Legislaturperiode 2009-2014 folgende Abgeordnete im Europäischen Parlament (in Klammern stehen die zugehörigen Fraktionen im Europaparlament):

Prof. Dr. Lothar Bisky, DIE LINKE (KVEL/NGL)
 Reinhard Bütikofer, Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE/EFA)
 Michael Cramer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/EFA)
 Dagmar Roth-Behrendt, SPD (S&D)
 Werner Schulz, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (GRÜNE/EFA)
 Alexandra Thein, FDP (ALDE)
 Joachim Zeller, CDU (EVP)



**Arbeitsteilige
Gruppenarbeit/
Präsentationen**



Gruppenarbeit



**SOL-Recherche
Fallbeispiel**



Expertenbefragung

**Unterrichtsgespräch**

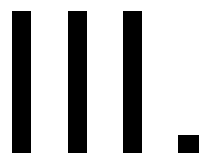
Weitere Informationen und Kontaktangaben unter: <http://www.berlin.de/rbmskz/europa/europapolitik/mdeps.html> Informationen zum im Juni 2009 gewählten Europäischen Parlament finden sich im [Informationsblatt I/7](#).

Eingeführt werden sollte im Zusammenhang mit dem Kompetenzmodell der EU auch der Begriff der **Subsidiarität**. Hierzu empfiehlt sich der Artikel von Manfred Spieker im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik. Im Internet abrufbar unter:

<http://www.bpb.de/wissen/06701398267020876160471336933330,0,0,Subsidiarität%20.html>.

Der Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I nennt als mögliches Wahlthema unter „Konfrontation der Blöcke“ die „Europäische Einigung“.

**Fächerverbindender
Unterricht:
GESCHICHTE**



ERWEITERUNGEN, BEITRITTSKRITERIEN, ERWARTUNGEN UND AKTUELLE KONFLIKTE

Die Schülerinnen und Schüler ...

Einfacher Standard:

►... erarbeiten sich den Prozess der EU-Erweiterungen und nennen Beitrittskriterien“.

Zur Behandlung der Erweiterungen der Europäischen Union eignet sich das entsprechende Kapitel des Europadossiers der Bundeszentrale für politische Bildung, das online abrufbar ist:

http://www.bpb.de/themen/2R70J2,0,Die_Europ%E4ische_Union.html.

Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien wurden im Juni 2011 abgeschlossen. Nach der Unterzeichnung des Vertrags in der zweiten Jahreshälfte beginnt das Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedstaaten, in Kroatien und im Europäischen Parlament. So könnte Kroatien 2013 zur EU stoßen. Dabei ist es wichtig zu verdeutlichen, dass die Osterweiterungen der EU (2004 und 2007), die den Schülerinnen und Schülern eventuell noch im Gedächtnis ist, keineswegs die erste Vergrößerung der Europäische Union bzw. Europäischen Gemeinschaft war. Ihr gingen die Westerweiterung 1973 (Dänemark, Großbritannien, Irland), die Süderweiterung 1981 (Griechenland) bzw. 1986 (Portugal und Spanien) sowie die Norderweiterung 1995 (Finnland, Schweden, aber auch Österreich) voraus. Eine Thematisierung der letzten Erweiterung um Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 ist auch mit Hilfe der Themenblätter Nr. 65 „Europa der 27“ der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/files/QZXMJY.pdf>) möglich.

Die Notwendigkeit, Kriterien für einen Beitritt zur EU zu fixieren, stellte sich erst mit der Wende in Europa, also dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer 1989 sowie der Auflösung der Sowjetunion 1991. Vor diesen Ereignissen war die Zahl der Länder, die der EU (damals EG) beitreten wollten, sehr überschaubar gewesen. Nun aber wollten zahlreiche Staaten des ehemaligen Ostblocks in die europäischen Integrationsstrukturen. Dem Ziel, das Bewerberfeld zu ordnen, dienten die Kopenhagener Kriterien von 1993, die Gegenstand des [Arbeitsblattes I/4](#) sind.

Quellenarbeit



Einzel-/ Gruppenarbeit

Quellenarbeit

Die Zukunft der Erweiterung

Auf der Grundlage einer Konkretisierung der Kopenhagener Kriterien können Sie künftige mögliche Erweiterungen der Europäischen Union mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren. Mit der Türkei finden seit 2005 Verhandlungen statt. Island führt seit 2010 Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die Republik Makedonien und Montenegro haben den Status eines Beitrittslandes und hoffen auf baldigen Verhandlungsbeginn, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Serbien verfügen über eine generelle Beitrittszusage, die ihnen der Gipfel von Thessaloniki im Jahr 2003 ausgestellt hat. Sinngemäß gilt dies auch für den Kosovo, das sich im Februar 2008 für unabhängig erklärt hat, jedoch noch nicht von allen EU-Mitgliedern der EU anerkannt wird.

Besonders intensiv wird in der deutschen Öffentlichkeit der mögliche Beitritt der Türkei zur Europäischen Union diskutiert. Themenblatt Nr. 47 „Die Türkei und Europa“ der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/files/V9NE12.pdf>) greift dieses Thema auf und macht es möglich, sich mit den Grundfragen im Unterricht auseinanderzusetzen. Sie erscheint demnächst auch in einem überarbeiteten Nachdruck. Einen Überblick über den bisherigen Erweiterungs- und Vertiefungsprozess bietet das [Informationsblatt II/5](#). Außerdem bieten sich zur Vertiefung folgende Webseiten an:

http://de.wikipedia.org/wiki/Beitrittskandidaten_der_Europ%C3%A4ischen_Union;

http://ec.europa.eu/enlargement/countries/index_de.htm

Speziell zum Beitritt der Türkei siehe:

http://www.bpb.de/themen/KSGKMH_0_T%FCrkei_und_EU.html;

http://de.wikipedia.org/wiki/Beitrittsverhandlungen_der_T%C3%BCrkei_mit_der_Europ%C3%A4ischen_Union und

http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Artikel/2005/11/2005-11-08-ist-die-tuerkei-reif-fuer-einen-eu-beitritt-.html

Mittlerer Standard:

►► ... setzen sich mit den EU-Erweiterungen auseinander und erläutern die Beitrittskriterien.

Auf dieser Kompetenzstufe können die Beitrittskriterien intensiver diskutiert werden. Regen Sie die Schülerinnen und Schüler an, eine Rangfolge aufzustellen und zu begründen. Welches Kriterium ist (ihnen) das wichtigste?

Für eine Schülerdiskussion würde sich die Frage eignen, ob die bisherigen Erweiterungen diesen Kriterien tatsächlich entsprochen haben. Dies kann vor allem an den Beispielen Bulgariens und Rumäniens debattiert werden. Zur Lehrerinformation oder als Schülerreferat empfiehlt sich der neueste Bericht der EU-Kommission zu den Fortschritten dieser beiden Länder seit ihrem Beitritt. Er ist online unter dem Link

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/progress_reports_en.htm

auf Englisch verfügbar. Er zeigt die Defizite der beiden Länder in Bezug auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption sowie im Hinblick auf den Ausbau der Justiz- und Verwaltungsstrukturen deutlich auf.

Die Schülerinnen und Schüler können hierzu Presseberichte und -kommentare online recherchieren und Fakten und Argumente herausarbeiten. Da für die Europäischen Kommission die Verwendung der EU-Mittel in Bulgarien nicht hinreichend nachprüfbar war, hatte sie im Juli



**kriterien-gestützte
Diskussion**



Pro-Contra-Debatte



Diskussion



**kriterien-gestützte
Analyse**

**Beurteilung
Fallbeispiele**



**SOL-Recherche
Internetrecherche**

2008 die Auszahlung von rund 500 Millionen Euro Finanzmittel an Bulgarien gestoppt. Zur fortlaufenden Information empfiehlt sich auch eine aktuelle Internetrecherche.

Die Schülerinnen und Schüler sollten mit Hilfe des [Arbeitsblattes I/4](#) „Kopenhagener Kriterien“ auch das Kriterium herausfinden, das lange als das „versteckte“ Kriterium bezeichnet wurde, nämlich die **Aufnahmefähigkeit** der Europäischen Union. Hierzu kann die Gruppe anhand des [Arbeitsblattes I/4a](#) „Bundesratsentschließung zur Erweiterungsfähigkeit“ die deutsche Position zur Aufnahme neuer Mitgliedsländer erarbeiten

Zur Frage, welchen Stellenwert die künftige Erweiterung im Zusammenhang mit anderen Zielen der Europäischen Union haben sollte, empfiehlt sich die Aufgabe 3 des Themenblattes Nr. 65 „Europa der 27“ der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/files/QZXMJY.pdf>).

Erweiterter Standard:

▶▶▶... analysieren die EU-Erweiterungen und bestimmen den Stellenwert der Beitrittskriterien.

Auf dieser Kompetenzstufe ist nach den Gründen der Erweiterung zu fragen. Warum haben die Beitrittsstaaten von Großbritannien bis Bulgarien die Mitgliedschaft vollzogen, warum hat die EU (bzw. EG) sie aufgenommen? Aus Sicht der Europäischen Union stand jeweils die Stabilisierung und Demokratisierung des Kontinents im Vordergrund. Die Kandidatenstaaten hatten mehrere Gründe. Sie wollten zum einen die Absicherung der Demokratie im eigenen Land (Süderweiterung), die sicherheitspolitische Verankerung im Westen nach dem Ende des Kalten Krieges (Nord- und vor allem Osterweiterung) sowie die wirtschaftliche Einbindung in den Binnenmarkt einschließlich der Unterstützung aus dem Agrar- und den Strukturfonds (alle Erweiterungen).

Der Präsident des Europäischen Rates Herman van Rompuy nannte in seiner Rede vom 9. November 2010 im Pergamonmuseum in Berlin einige Gründe für die Erweiterung ([Dokument 3](#)).

Berlin und Brandenburg haben mit der fünften Erweiterungsrunde am 1. Mai 2004 Polen als direkten EU-Nachbarn gewonnen. Nachdem Ende 2007 die letzten Grenzkontrollen entfallen sind, seit Mai 2011 die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit auch für Polen gilt und sich die sogenannte Oder-Partnerschaft Berlins mit einigen Bundesländern und den westpolnischen Wojewodschaften (Regionen) etabliert hat, kann der EU-Beitritt Polens für die Hauptstadtregion noch stärker als Gewinn gewertet werden. Neben den touristischen und ökonomischen Potentialen, die Polen bietet, haben sich insbesondere die gravierenden Unterschiede in den Sozial-, Umwelt- und Lohnstandards zunehmend ausgeglichen. Dies kommt den Polen und den Deutschen zugute. Das gilt auch für die wirtschaftliche Dynamik der neuen EU-Länder; insbesondere Berlin und Brandenburg können von der hohen Nachfrage an Baustoffen, Baumschienen und Fachkräften aus Deutschland profitieren, die unter anderem auch im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaften 2012 benötigt werden.

Nähere Informationen über die Oder-Partnerschaft, an der Berlin beteiligt ist, finden sich unter dem Link: <http://www.oder-partnerschaft.eu>. Hier sei noch das Deutsch-Polnische Jugendwerk genannt. Es bringt junge Menschen aus Deutschland und Polen zusammen, durch die Förderung vielfältiger



kriteriengestützte Diskussion

Analyse

Textanalyse

Berlin-Bezug



Recherche

Jugendbegegnungen: vom Theaterworkshop über das gemeinsame Trainingslager bis hin zum Öko-Projekt. Siehe: <http://www.dpjw.org>.

Weitere Themenaspekte, die sich für eine selbstständige Recherchearbeit eignen, sind: Polen und die Oder-Partnerschaft, Arbeitnehmermobilität in der Oder-Region, wirtschaftliche Entwicklung in Westpolen und Ostbrandenburg, die Auswirkungen des Wegfalls der Grenzkontrollen (Schengen-System).

Eine gute Möglichkeit, sehr tief in das Thema Erweiterung bzw. institutionelle Zusammenhänge der EU allgemein einzusteigen, ist das Planspiel zur Zukunft Europas, das unter <http://www.studienstaette-muenchen.de/materialien.htm> kostenlos erhältlich ist

Planspiel

IV.

GRENZEN UND BINNENMARKT

Die Schülerinnen und Schüler ...

Einfacher Standard:

►... erläutern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt und geben Beispiele für aktuelle Konflikte sowie Interessenunterschiede in der EU.

Mittlerer Standard:

►►... diskutieren die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt sowie aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU.

Erweiterter Standard:

►►►... erörtern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt sowie aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU und bewerten diese.

Einfacher Standard:

►... erläutern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt.

Das Gemeinsame dieser beiden Themenschwerpunkte ist die Entgrenzung, die innerhalb der Europäischen Union stattfindet. Die Staatsgrenzen verlieren an Bedeutung, was schon dadurch augenfällig wird, dass es an den meisten Binnengrenzen durch das Schengener Abkommen innerhalb der EU keine Grenzkontrollen mehr gibt. Da die Schweiz, obwohl nicht Mitglied der EU, das Schengener Abkommen ebenfalls übernommen hat, findet an keiner deutschen Grenze noch eine Ausweiskontrolle statt. Einen kurzen, für Schülerinnen und Schüler geeigneten Text, findet man in „Pocket Europa“, S. 78 f (<http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>).

An den Grenzen der Europäischen Union bestehen Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation, die sogenannten Euroregionen. Hier sind zum Beispiel zu nennen der Barents Euro Arctic Council (BEAC) am nördlichen Rand Europas oder die Euroregion Bug, die Teile Polens, der Ukraine und Weissrusslands zusammenführt. Auch innerhalb der EU gibt es zahlreiche Euroregionen und Partnerschaften. Berlin ist über eine Vielzahl von Städtepartnerschaften, Städte- und Themennetzwerke sowie über Projektzusammenarbeit in der interregionalen Zusammenarbeit sehr aktiv.

Eine ständig aktualisierte Liste mit den Städtepartnerschaften Berlins findet sich auf den offiziellen Seiten des Landes Berlin:

http://www.berlin.de/rbmskzl/staedteverbindungen/staedtepartnerschaft_ueberblick.de.html.

Ein wichtiges Städtenetzwerk, an dem sich Berlin aktiv beteiligt, ist das Netzwerk EUROCITIES (<http://www.eurocities.org/>).

Quellenarbeit

Berlin-Bezug

Die Website <http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/region/oder.html> zum Thema Berliner Oder-Partnerschaft behandelt die Einbindung Berlins in grenzüberschreitende Kooperationen. Einen Überblick über alle Euroregionen in Europa gibt eine interaktive Karte der Europäischen Kommission (http://ec.europa.eu/regional_policy/interreg3/abc/voleta_middle_de.htm).

„Wegfall der Grenzen“ ist auch die kürzeste Definition für den Binnenmarkt, der die vier Freiheiten gewährleistet. Eine anschauliche Grafik findet sich in „Pocket Europa“ S. 15 (<http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>).

Die Publikation „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ ermöglicht in Kapitel 4 eine Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Thema (<http://www.bpb.de/files/3UDE7Q.pdf>). Bitten Sie die Schülerinnen und Schüler abschließend, die Vor- und Nachteile der Freiheiten des Binnenmarktes zu diskutieren. Hierzu empfiehlt sich auch das [Arbeitsblatt I/5](#) „Lisas Tag“, das konkret zeigt, wo und wie die EU in unser Leben eingreift. Wichtig ist, die Berührungen im Alltag auf die Grundlagen der Europäischen Union zurückzuführen. Einen guten Überblick verschafft hier auch die Grafik „Ich und die EU“ von der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/files/WBHZYE.pdf>.

Beim Binnenmarkt sollte herausgearbeitet werden, dass ein freier Handel auch gemeinsame Standards und klare Kennzeichnungen erfordert. Hierfür bietet sich das [Arbeitsblatt I/6](#) „Eierkennzeichnung“ an. Zum anderen sollte deutlich werden, dass ein europaweiter Handel auch europaweiten Verbraucherschutz zur Notwendigkeit macht.

Dass die deutsche Volkswirtschaft von den Freiheiten des Binnenmarktes insgesamt profitiert, bedeutet nicht, dass es keine Verlierer gibt. So bedeutet freier Kapitalverkehr, dass deutsche Unternehmen im Ausland investieren können, aber auch, dass Investitionen aus Deutschland abgezogen werden können. Ein Beispiel ist die Verlagerung der Mobiltelefonproduktion von Nokia aus Bochum nach Rumänien, der Anfang 2008 die Gemüter in Deutschland erhitzt hat.

[Arbeitsblatt I/8](#) „Nokia zieht nach Rumänien“ geht auf diese Problematik ein. Hier lässt sich aus unterschiedlichen Perspektiven das Problem diskutieren. Außerdem gibt es Bezüge zum Thema „Globalisierung“ (Outsourcing, Offshoring).

Regen Sie die Schülerinnen und Schüler an, aktuelle Beispiele von Standortverlagerungen zu recherchieren.

Mittlerer Standard:

▶▶ ... diskutieren die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt.

Auf dieser Kompetenzstufe kann mit denselben Materialien gearbeitet, der Schwerpunkt aber stärker auf die Diskussion gelegt werden. Wo verläuft die Grenze zwischen akzeptabler Normierung und inakzeptabler Reglementierung? Können die Schülerinnen und Schüler eigene Beispiele für europäische Regelungen finden und wie bewerten sie diese?

Kartenarbeit
Internet-Recherche

Quellenarbeit



Kriterien-gestützte
Diskussion



Einzel-/
Gruppenarbeit



SOL-Recherche

Fallbeispiel



Quellenarbeit
Einzel-
/Gruppenarbeit



Diskussion

Erweiterter Standard:

▶▶▶... erörtern die Bedeutung von Grenzen und Binnenmarkt.

Die Aufhebung von Grenzkontrollen ist auch eine partielle **Aufgabe nationaler Souveränität**, die man positiv oder negativ bewerten kann. Diese Diskussion lässt sich am Thema „Polizeiliche Nachteile“ führen, in die das [Arbeitsblatt I/9](#) einführt. Am Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (Europol und Eurojust) wird deutlich, dass die Aufhebung von Grenzen nicht nur an der Grenze geschieht, sondern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kompetenzverlagerung das ganze Land betrifft. Ein einleuchtendes Beispiel ist der Europäische Haftbefehl, den das [Arbeitsblatt I/10](#) (Europäischer Haftbefehl) thematisiert.

Im Hinblick auf die EU-Strukturpolitik ist der Fall des finnischen Handy-Herstellers Nokia, der seine Produktion von Bochum nach Rumänien verlegt hat, deshalb so brisant, weil der Verdacht geäußert wurde, dass die Arbeitsplatzverlagerung mit europäischen Fördergeldern unterstützt werde. Dies ist zwar im unmittelbaren Sinne nicht richtig, stimmt aber mittelbar, da Rumänien Fördergelder erhält, um seine Infrastruktur auszubauen – die es dann auch Nokia anbieten kann.

Die EU-Strukturpolitik, für die immerhin rund 35 Prozent des EU-Budgets (das sich 2011 insgesamt auf 142 Milliarden Euro beläuft) ausgegeben werden, basiert auf dem Prinzip der Solidarität. Verträgt sich das mit dem Grundsatz des Binnenmarktes? Soll man beispielsweise Rumänien, das ja schon den Vorteil niedriger Lohnkosten hat, noch dadurch unterstützen, dass man ihm hilft, seine Infrastruktur auszubauen – oder ist das einem Land wie Deutschland gegenüber unsolidarisch, weil die Deutschen so noch dafür zahlen, dass ihre Arbeitsplätze abwandern?

(Quelle: EU-Haushalt 2011, http://ec.europa.eu/budget/figures/2011/2011_de.cfm)

Auch Deutschland profitiert von der EU-Strukturpolitik. Berlin erhält innerhalb der Förderperiode 2007-2013 etwa 1,2 Milliarden Euro aus den Europäischen Strukturfonds. Davon entfallen etwa 875,6 Millionen Euro auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Etwa 335,9 Millionen Euro entfielen auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). In den Jahren 2007-2013 sollen hierdurch mehr als 221.000 Berlinerinnen und Berliner gefördert werden. (Quelle: <http://www.berlin.de/sen/strukturfonds>)

Einen Überblick über Berliner EU-Förderprojekte bietet die Broschüre „Europa beispielhaft“, die aus jedem Bezirk und Bereich ein Projektbeispiel nennt. Diese kann bei der Senatskanzlei kostenlos bestellt werden. Weitere Informationen zum Thema stehen online unter <http://www.berlin.de/sen/strukturfonds> zur Verfügung.

Jährlich laden die Senatskanzlei und die EU-Kommissionsvertretung Berliner Schulklassen zur Besichtigung anschaulicher europäischer Förderprojekte ein. Im Rahmen der sogenannten „Tour d’Europe“ werden auf einer eintägigen Rundfahrt z. B. das „Gläserne Labor“, das Naturkundemuseum, das Mitmachmuseum in Pankow und andere Orte vorgestellt.

Kontakt: Christian.Keune@Senatskanzlei.Berlin.de

Quellenarbeit**Diskussion****Fallbeispiel****kriterien-gestützte
Diskussion****Berlin-Bezug**

KONFLIKTE UND INTERESSENUNTERSCHIEDE

Einfacher Standard:

►... geben Beispiele für aktuelle Konflikte sowie Interessenunterschiede in der EU.

Diese Beispiele sollten aus der aktuellen Diskussion gewonnen werden. Immer wieder wird offenkundig, dass es in der EU keineswegs selbstverständlich gemeinsame Auffassungen über die Politik der Europäischen Union gibt.

Die Unterschiede entspringen aus verschiedenen nationalen und politischen Interessen. So ist Deutschland als ein Staat, in dem viele größere Autos gebaut werden, nicht daran interessiert, einen einheitlichen Abgaswert für alle Automobile festzulegen, während Staaten, in denen überwiegend Kleinwagen produziert werden, dieses befürworten.

Länder, in denen die Agrarpolitik eine große Rolle spielt, befürworten das Subventionssystem der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik, während andere es als zu teuer ablehnen.

Zurzeit werden die Haushaltsprioritäten der EU ab 2014 diskutiert und Berlin bringt sich mit anderen Ländern über die Europaministerkonferenz und den Bundesrat aktiv in die Debatte ein. Eine wesentliche Forderung des Landes Berlin besteht etwa darin, dass die hohe Mittelbindung im Bereich der Agrarsubventionen über die Jahre hinweg zugunsten „moderner“ und zukunftsfähiger Politikbereiche wie Innovation, Bildung und die Stärkung der „städtischen Dimension“ in der Förderung abgeschmolzen werden soll. Nach dem Motto „Mehr Geld für die Köpfe statt für die Rüben“ soll zugunsten von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt umverteilt werden.

Ein weiterer Grund für Auffassungsdivergenzen sind unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie viel Kompetenz die Nationalstaaten an die EU abtreten sollten. Hier gibt es „europafreundliche“ Staaten, die eher „europaskeptischen“ Partnern gegenüber stehen. Es gibt Staaten, die dem Konzept einer Freihandelszone zuneigen und andere, die eine enge politische Union als Zielvorgabe wünschen (siehe Stichwörter Supranationalität und Subsidiarität, „Pocket Europa“ S. 84 und S. 86, <http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>).

Eine dritte Quelle für verschiedene Auffassungen sind die unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen der nationalen Regierungen und der sie tragenden Parteien. Während konservative und liberale Politiker einen weitgehenden sozialen Schutz beispielsweise der Arbeitnehmer als schädlich für die Wirtschaft ablehnen, befürworten sozialdemokratische und sozialistische Regierungen weitergehende Regelungen zur sozialen Absicherung des Einzelnen. An der Mindestlohndebatte kann dieses exemplifiziert werden.

Auf dem einfachen Kompetenzniveau kann die Aufgabe für die Schülerinnen und Schüler darin bestehen, solche Unterschiede durch die Analyse der Tagespresse aufzuspüren.

Berlin-Bezug

Kontroverse



Medienrecherche

Mittlerer Standard:

▶▶... diskutieren aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU.

Auf diesem Kompetenzniveau sollten die Schülerinnen und Schüler die festgestellten Divergenzen diskutieren. Es empfiehlt sich eine strukturierte, in Arbeitsgruppen vorbereitete Diskussion, in der die Schülerinnen und Schüler gehalten sind, eine bestimmte „Pro“- oder „Contra“-Position zu vertreten, da dadurch sichergestellt ist, dass unabhängig von der persönlichen Meinung der Lernenden die unterschiedlichen Auffassungen zu Wort kommen. Unterstützend kann hierzu das [Arbeitsblatt I/11](#) herangezogen werden.



**Gruppenarbeit,
Pro-Contra-Debatte**

Erweiterter Standard:

▶▶▶... erörtern aktuelle Konflikte und Interessenunterschiede in der EU und bewerten diese.

Zusätzlich können die Schülerinnen und Schüler die unterschiedlichen Positionen innerhalb der EU auf unterschiedliche soziale und nationale Interessen zurückführen. Dies kann dadurch gelingen, dass sie in einem Rollenspiel die Position verschiedener Sozialpartner oder Nationalstaaten einnehmen und ihre Argumentation hieraus entwickeln.



Rollenspiel

Zielkonflikt: Die Freiheiten des Binnenmarktes vs. „Soziales Europa“

In den letzten Jahren hat die Debatte um die soziale Dimension Europas stark zugenommen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hat die Diskussion über den sozialen Schutz weiter intensiviert. Die Kommission selbst hat im November 2007 und im Juli 2008 mehrere Dokumente vorgelegt, die als „Sozialagenda“, „Sozial-Paket“ und „Soziale Vision“ die Debatte um ein soziales Europa in Ergänzung zum EU-Binnenmarkt beflügelt haben. In der Öffentlichkeit haben zudem mehrere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegen nationale Tarif- und/oder Mindestlohnregelungen für zum Teil heftige Auseinandersetzungen über den „neo-liberalen“ Charakter der EU bzw. ihrer Institutionen geführt.

Erläuterung

Auch in Berlin musste nach einer EuGH-Entscheidung das Berliner Vergabegesetz im Juni 2008 ausgesetzt werden. Konkret ging es um die Vorgabe, einen Mindestlohn zu zahlen, woran ein polnisches Unternehmen sich nicht gebunden fühlte. Der EuGH hat der Firma Recht gegeben: Wenn es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, dürfe dieser nicht durch die Hintertür des Vergaberechts eingeführt werden. Die Frage des Verhältnisses von Binnenmarktfreiheiten und (zum Teil national sehr weitgehenden) sozialen Normen wird in den nächsten Jahren ein prägendes Element der Debatte um die Zukunft der EU sein.

Im Kern wird hier die Frage zu beantworten sein, ob die EU im Bereich der Sozialpolitik mehr Kompetenzen erhalten soll: Eine Forderung, die sich nach regelmäßigen Umfragen von Eurobarometer im Gegensatz zu Politikfeldern wie Sicherheit und Umwelt nicht auf Mehrheiten in der europäischen Öffentlichkeit stützen kann. Die Mehrheit der Europäer und Europäerinnen ist nach wie vor der Meinung, dass das Sozialwesen in die Kompetenz der Nationalstaaten gehöre, wo sich grundlegende Fragen (z.B. Tariftreue/ Mindestlohn) jedoch bei offenen Grenzen immer schwerer regeln lassen.

V.

CHANCEN UND MÖGLICHKEITEN FÜR JUGENDLICHE IM EUROPÄISCHEN RAUM

Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union besitzen neben ihrer nationalen Staatsangehörigkeit auch die EU-Bürgerschaft. Dies garantiert ihnen innerhalb der Europäischen Union weitgehende Rechte, einschließlich der Freizügigkeit und der Arbeitsaufnahme in allen Teilen der Union. Wer in Berlin in den Polizeidienst eintreten will, muss deutsche(r) Staatsangehörige(r) sein – oder die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Landes sein eigen nennen. Ziel dieses Kapitels ist es, auf Chancen hinzuweisen, die Europa jungen Menschen bietet.

Einfacher Standard:

- ... verschaffen sich einen Überblick über die Chancen von Jugendlichen im europäischen Raum anhand von Fallbeispielen.

Das [Informationsblatt I/9](#) gibt einen Überblick über die Möglichkeiten, die sich jungen Menschen in der Europäischen Union bieten. Bitten Sie die Schülerinnen und Schüler, aus ihrem Bekanntenkreis Beispiele zu beschreiben, wie solche Chancen (Comenius-Schulpartnerschaften, Sprachaufenthalte, Europäischer Freiwilligendienst) genutzt worden sind. Solche selbst recherchierten Beispiele haben einen hohen Glaubwürdigkeitswert. Der „[Berliner Europakompass](#)“ des Europareferats der Senatskanzlei ist eine detaillierte Übersicht sämtlicher Programme und Aktivitäten rund um Europa. Er enthält Hinweise zu Austauschprogrammen, Wettbewerben und zu vielen weiteren Ansprechpartnern in Berlin. Zu nennen sei hier unter anderem der EU-Schülerkalender. Er bringt den Schülerinnen und Schülern, ergänzend zum Lehrplan, eine breite Palette von EU-Themen näher, darunter Berufsplanung, Gesundheit und Sicherheit, Umweltschutz sowie die Rolle Europas in der Welt.

Ein Muster eines Youthpasses, mit dem es möglich ist, non-formales Lernen bei Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste etc. zu belegen, findet sich als [Dokument 4](#). Darüber hinaus bietet der Europass die Möglichkeit, eigene Kompetenzen und Qualifikationen im Lern- und Arbeitsbereich europaweit verständlich darzustellen. Weitere Informationen unter: <http://www.europass-info.de>. Ein Bestandteil davon ist der Europäische Lebenslauf ([Dokument 5](#)). Bitten Sie die Schülerinnen und Schüler, einen solchen europäischen Lebenslauf auszufüllen – auf dem heutigen Stand und auf dem Stand, auf dem sie sich in 10 oder 15 Jahren sehen.

In der Publikation „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ (<http://www.bpb.de/files/3UDE7Q.pdf>), Seite 7, findet sich eine Diskussionsaufgabe, die dazu genutzt werden kann, das Thema diskursiv zu vertiefen und die persönliche Betroffenheit herauszustellen.



Recherche



Einzelarbeit



Diskussion

Für interessierte Berliner Schulen stehen zu den Comenius-Schulpartnerschaften und dem eTwinning-Netz sogenannte Landesmoderatoren als Ansprechpartner zur Verfügung. Kontaktdaten entnehmen Sie dem „[Berliner Europakompass](#)“. Dort sind auch Informationen zu Berliner Beispielprojekten. Erfolgreiche Schulprojekte werden ferner regelmäßig im EU-Schulnewsletter vorgestellt und auf folgender Website veröffentlicht:

http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/europa_in_der_schule.html.

Weitere Informationen gibt es auch über den Newsletter der Senatsverwaltung für Bildung Wissenschaft und Forschung, siehe hierzu:

http://www.berlin.de/sen/bwf/neu/newsletter_anmeldung/anwendung/

Mittlerer Standard:

▶▶... untersuchen die Chancen von Jugendlichen im europäischen Raum anhand von Fallbeispielen“,

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Jugendlichen als die „natürlichen Verbündeten“ bezeichnet, um Europa voranzubringen. „Gerade junge Menschen werden in ihrer Lebensperspektive in umfassender Weise von den Möglichkeiten Europas profitieren können.“ Dieses Zitat können Sie für die Schülerinnen und Schüler zur Diskussion stellen.

(Quelle: http://www.coe.int/t/dg4/youth/Source/Resources/Forum21/Issue_No9/N9_Conclusions_German_EU_Presidency_de.pdf)

Weitere Informationen unter: <http://www.go4europe.de>.

Erweiterter Standard:

▶▶▶... untersuchen Chancen von Jugendlichen im europäischen Raum anhand von Fallbeispielen und bewerten die Realisierungsmöglichkeiten“.

Auf dieser Kompetenzstufe kann zusätzlich eine Diskussion über die Vor- und Nachteile der Europäisierung des beruflichen und privaten Lebens geführt werden. Weitläufigkeit und neue Erfahrungen stehen dabei einer Minderung an Geborgenheit und einer Vergrößerung der Konkurrenz durch andere junge Leute gegenüber. Man könnte hierzu eine Podiumsdiskussion durchführen, die die Schülerinnen und Schüler in Gruppen vorbereiten. Es empfiehlt sich, eine Referentin oder einen Referenten der „European Young Professionals“ hierzu einzuladen. Ansprechpartner in Berlin: siehe „[Berliner Europakompass](#)“.

Besuchen Sie mit Ihrer Klasse ein Berliner EU-Projekt. Hinweise zu aktuellen Themen und Terminen gibt es in der Broschüre der Europabeauftragten des Landes Berlin „Europa – beispielhaft“, das auch im Klassensatz jederzeit unter der Email: europa-online@senatskanzlei.berlin.de oder unter der Telefonnummer: 030 - 9026 2259 bestellt werden.

Bitten Sie die Schülerinnen und Schüler, einen Berlin-Steckbrief zu erstellen: Gesucht wird „Europa in Berlin“. Wie viele nicht deutsche EU-Bürger gibt es in Berlin? Wie ist es mit dem Wirtschaftsaustausch, kann man dadurch etwas über gesicherte Arbeitsplätze sagen? Bitten Sie die Schülerinnen und Schüler, die Zahl der Studentinnwn und Studenten an Berliner Universitäten im Internet zu recherchieren, die am ERASMUS-Programm teilnehmen.

Es finden sich aber eine Vielzahl weiterer Bezüge zur Internationalität der Stadt: Wie viele europäische Botschaften gibt es in der Stadt? Welche

Berlin-Bezug



Diskussion



Gruppenarbeit und Diskussion

Exkursion



Recherche Berlin-Bezug

Projektarbeit zum MSA

europäischen Kulturinstitute existieren in Berlin? Was fällt uns noch zu Europa in Berlin ein?

Zu allen Themenbereichen können Vorträge und Diskussionen mit dem Europäischen Haus (Vertretung der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments in Deutschland) vereinbart werden (siehe [„Berliner Europakompass“](#)).

**Expertenvortrag
(Vor- und
Nachbearbeitung)**